

Frage 11: Welche flankierenden Maßnahmen wollen Sie vorsehen, um die Zahl der Abtreibungen zu senken, damit keine Frau wegen mangelhafter Information über mögliche Hilfen und Unterstützungen oder andere Lösungen für das werdende Kind zur Abtreibung gedrängt wird?

SPÖ

Es ist unser Anliegen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass gut aufgeklärte Frauen, die über Verhütung bescheid wissen, eine selbständige und unbeeinflusste Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaftsabbruch treffen können. Es liegt in deshalb in unserer gesellschaftlichen Mitverantwortung die richtigen flankierende Maßnahmen zu treffen, um die Entscheidung für ein Leben mit Kindern zu erleichtern. Dazu gehört etwa der flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung auch für Unter-Dreijährige Kinder oder Elternteilzeit für alle Eltern. Auch bei der Verhütung ungewollter Schwangerschaften gibt es eine Reihe von Projekten, die Frauen unterstützen. Eine detaillierte und wissenschaftlich fundierte Aufklärung muss sicherlich bereits in den Schulen stattfinden. Auf diese Weise kann Eltern real geholfen werden.

ÖVP

Ziel einer lebensbejahenden Politik muss es sein, positive Alternativen zur Abtreibung zu stärken. Es müssen Hilfen erreichbar und leistbar sein, und es muss ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, in dem sich die Frage von Schwangerschaftsabbrüchen immer weniger stellt.

Die Volkspartei fordert folgende flankierende Maßnahmen:

- Anonyme statistische Erhebungen und Motivforschungen, die maßgeschneiderte Hilfsangebote möglich machen;
- Ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot lebensbejahender Schwangerschaftsberatung und –betreuung
- Verbesserte Rahmenbedingungen für die Adoption
- Adäquate psychologische Nachbetreuung für betroffenen Frauen und Männer, die unter den psychischen Folgen des Schwangerschaftsabbruchs leiden,
- Trennung von beratendem und abtreibendem Arzt;
- Verpflichtende Bedenkzeit zwischen Beratung und Durchführung;
- Detaillierte und wissenschaftlich fundierte Aufklärung bereits in den Schulen betreffend Sexualpraktiken, Verhütungsmöglichkeiten, Schwangerschaft und Reproduktion.

Die Grünen

Die wichtigste Voraussetzung ist eine Kinder- und elternfreundlichen Gesellschaft, die das Großziehen von Kindern bewältigbar erscheinen lässt und auch macht. Dazu kann die Politik einen Beitrag leisten, wie etwa die Schaffung von ausreichenden, qualitativ hochwertigen und leistbaren Kinderbetreuungseinrichtungen ebenso wie die Möglichkeit Beruf und Familie für Frauen und Männer gut vereinbar zu machen. Damit sollte die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass die Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen möglichst klein ist. Eine bessere und umfassendere Beratung über alle möglichen Alternativen durch MedizinerInnen, PsychologInnen, SozialarbeiterInnen, etc. wäre wünschenswert.

Im Übrigen liegt die Hauptursache für Abtreibungen nicht bei Frauen, sondern bei Männern: Je eher diese bereit sind, sich sowohl mit der Frage der Verhütung zu beschäftigen als auch ihre Verantwortung als Väter wahrzunehmen, desto weniger Frauen werden sich zu einer Abtreibung gezwungen sehen.

Zudem treten für eine offenere Sexualerziehung in den Schulen ein, für mehr Sexualberatungsstellen für Jugendliche, für Gratis-Verhütungsmittel und weitere Maßnahmen, die dazu beitragen, ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden.

KPÖ

Keine Frau lässt aus Jux und Tollerei abtreiben. Die KPÖ bekennt sich daher ausdrücklich zur 1975 beschlossenen Fristenlösung und lehnt jede Infragestellung derselben strikt ab. Davon unabhängig treten wir für bessere Aufklärung und kostenlose Empfängnisverhütungsmittel und

Angebote für unfreiwillig schwanger gewordene Frauen ein. Letztlich muss aber die freie Entscheidung betroffener Frauen gewährleistet sein, ob sie ein Kind bekommen wollen oder nicht.

Die Christen

Die wirksamste flankierende Maßnahme wäre unser Müttergehalt. Die von Ihnen angesprochene Information gehört zu unseren vorrangigen Zielen.